



Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Schwerpunkte Schleswig-Holsteinischer Haushaltsstrategie

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein muss in Haushaltskonsolidierungszeiten klare politische Zielsetzungen für den Haushalt definieren. Die Schuldenbremse darf nicht dazu führen, dass dem Land jeder politische Handlungsspielraum genommen wird. Die Politik des Landes muss mit Weitblick gestaltet werden. Kurzfristiges, aktionistisches Handeln lehnt der Landtag ab.

Bildungspolitik mit Weitblick

Der Landtag stellt fest:

Bildungspolitik bleibt das zentrale Zukunftsthema für alle gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bereiche. Bildung bietet die Lösung für fast alle gesellschaftlichen Probleme. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Aber nirgendwo hängt der Bildungserfolg so stark vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. Auch in Schleswig-Holstein ist es bisher nicht gelungen, die Schere zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen aufzulösen. Nach wie vor bleiben zu viele Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss.

Die Idee, in Zeiten von Schülerrückgang und finanzieller Enge, gemeinsam mit allen Interessierten und Beteiligten, neue und belastbare Konzepte zu entwickeln, bleibt richtig.

Der Landtag beschließt:

Der Bildungsdialo g muss fortgesetzt und ausgeweitet werden.
Besonders die Themen

- sofortige Erstellung eines Schulentwicklungsplans,
- autonome Schulen,
- Modernisierung der Schulaufsicht und Gestaltung der Schullandschaft sowie
- Demokratisierung der Schulen,

- Einführung eines modernen Lernmanagements,
- Inklusion,
- Verbesserung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern sowie
- spürbare Effekte für den Übergang zwischen Schule und Beruf und die
- Entwicklung eines belastbaren Konzepts für lebenslanges Lernen werden 2014 aufgegriffen und zielorientiert diskutiert.

Open-Access

Der Landtag stellt fest:

Wissen ist ein freies Kulturgut. Wissenschaftliche Ergebnisse, die an Universitäten unter Zuhilfenahme von öffentlichen Geldern erstellt wurden, müssen der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Auch muss es möglich sein, diese Werke in weiteren wissenschaftlichen Arbeiten zu nutzen. Kommerzielle Lizenzen erschweren dies nur unnötig. Es ist daher unumgänglich wissenschaftliche Arbeiten und Ergebnisse unter freie Lizenzen zu stellen, damit weitere Forschungen unabhängig von Budgets und finanziellen Ressourcen möglich ist. Des Weiteren gibt es abseits des universitären Lebens viele Bürgerinnen und Bürger, welche sich in ihrer Freizeit mit wissenschaftlichen Themen auseinandersetzen. Auch für diese muss ein Zugriff auf die Werke möglich sein. Der kostenlose Zugang zu diesen Daten ist geeignet, weitere Nachfrage bisher Unbeteiligter zu generieren. Daher führt an einer langfristigen öffentlichen Archivierung kein Weg vorbei.

Der Landtag beschließt:

Wissenschaftliche Publikationen und Forschungsergebnisse, welche mit Steuergeldern erstellt wurden, werden unter freie Lizenzen gestellt. Ferner werden sie langfristig in einem online verfügbaren Repositorium archiviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Moderne Strukturen und Stellenabbau

Der Landtag stellt fest:

Das Land Schleswig-Holstein braucht moderne und schlanke Strukturen. Ein Stellenabbaupfad soll die Modernisierung eines Landes begleiten, darf aber nicht ohne parallele strukturelle Anpassungen umgesetzt werden. Das Land Schleswig-Holstein hat mit dem zentralen Personalmanagement in der Staatskanzlei den richtigen Weg eingeschlagen. Die Landesregierung zeigt jedoch kaum Impulse wie sie neben dem Stellenabbaupfad auch Strukturen und Aufgaben anpassen möchte. Der Stellenabbaupfad kann nur funktionieren, wenn konsequent Strukturen und Aufgaben effizienter gestaltet werden.

Zusätzlich befindet sich das Land im Wettbewerb um qualifizierte und motivierte Arbeitskräfte. Nur wenn das Land in allen wichtigen Bereichen Kompetenzen dauerhaft sichert, können teure Fehler wie z.B. beim Projekt KOPERS verhindert werden.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Stellenabbau dort fortzusetzen, wo es strukturell begründbar und vertretbar ist.

Außerdem muss die Landesregierung mit dem Stellenabbaupfad auch aufzeigen, welche Strukturen und Aufgaben zukunftsorientiert verändert werden sollen.

Um im Wettbewerb bestehen zu können, spricht sich der Landtag dafür aus, dass das Land in seiner Personalpolitik auf weniger, dafür aber gut qualifizierte und gut bezahlte Mitarbeiter setzt.

Inklusion mit Perspektive

Der Landtag stellt fest:

Inklusion ist eine der größten Herausforderung für das Land Schleswig-Holstein und betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist mehr als eine rechtlich verbindliche Aufgabe; sie bleibt soziale und humanitäre Verpflichtung.

Die Idee, Inklusion kostenneutral auf allen gesellschaftlichen Ebenen in kurzer Zeit umzusetzen, hat sich als falsch erwiesen.

Der Landtag beschließt:

Landesregierung und Landtag verstehen Inklusion als Prozess, der politisch modelliert werden muss.

Daher bedarf es eines Aktionsplanes, der mit den Menschen gemeinsam entwickelt wird. Der Aktionsplan soll einen methodischen Weg mit Meilensteinen aufzeigen. Da Inklusion alle Bereiche unseres gesellschaftlichen und politischen Leben betrifft, muss dies oberste Priorität haben.

Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei der Einrichtung einer Abteilung "Inklusion" in der Staatskanzlei, die personell angemessen auszustatten ist, um "Inklusion" in Schleswig-Holstein als immerwährenden Prozess zu begleiten und zu unterstützen.

Pflegenotstand - Menschen für Menschen gewinnen

Der Landtag stellt fest:

Bis zum Jahr 2020 wird der Bedarf an Fachkräften in Pflegeberufen in Schleswig-Holstein um mindestens 2000 Stellen ansteigen. Schleswig-Holstein verfügt bis heute über kein belastbares Konzept, um dem sich abzeichnenden Pflegenotstand nachhaltig zu begegnen.

Menschen zu pflegen ist mehr als ein Job; Menschen für die Pflege zu gewinnen ist daher eine politische und soziale Aufgabe. Schlechte Bezahlung, geringe Wertschätzung, ein unübersichtliches Schulsystem und mangelnde Entwicklungsperspektiven halten viele junge Menschen davon ab, sich für eine Ausbildung in einem Pflegeberuf zu entscheiden.

Eine Verbesserung des Berufsimages, eine Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und eine Abschaffung des Schulgelds für den betroffenen Teil der Auszubildenden ist das ausdrückliche Ziel des Schleswig-Holsteinischen Landtags.

Der Landtag beschließt:

- die Ausbildung zur Altenpflegerin/zum Altenpfleger wird schulgeldfrei gestaltet. Das Schulgeld wird für alle Ausbildungsgänge in der Altenpflege abgeschafft.
- Es werden Maßnahmen zur Verbesserung des Images ergriffen, um den Pflegeberuf aktiv zu bewerben.

Digitales Schleswig-Holstein

Der Landtag stellt fest:

Schleswig-Holstein muss auch technisch den Sprung ins 21. Jahrhundert schaffen. Der Breitbandausbau muss bei den Infrastrukturprojekten eine sehr hohe Priorität haben.

Der schnelle und zuverlässige Zugang zum Internet ist in der heutigen Zeit Voraussetzung für soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.

Darüber hinaus muss Schleswig-Holstein die Vorteile des digitalen Zeitalters für sich nutzen. Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf, ein Konzept und ein Portal für 'Open Data' einzuführen. Das Open Data-Portal soll alle Daten, insbesondere Haushaltsdaten, der Landesverwaltung öffentlich zugänglich machen, so lange dies nicht Rechte Dritter verletzt.

Nur ein informierter Bürger ist ein mündiger Bürger.

Zusätzlich zu diesem Portal wird eine landesweite Mediathek benötigt, in der Aufzeichnungen von Ausschusssitzungen, Plenardebatten und kommunaler Versammlungen angeboten werden.

Neben der Information der Bürgerinnen und Bürger muss der Schwerpunkt auch in der Kommunikation mit diesen liegen. Das Internet bietet vielfältige und niedrigschwellige Kommunikationsmöglichkeiten, die flexibel in bestehende Strukturen der Ämter und Betriebe eingebunden werden können. Andere Bundesländer machen dies bereits vor. Es gibt richtungsweisende Projekte in Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Der Landtag beschließt:

- Die Landesregierung wird aufgefordert ein Open Data-Portal aufzusetzen.
- eine landesweite Mediathek zu erstellen in der Aufzeichnungen von Ausschusssitzungen, Plenardebatten und den kommunalen Versammlungen angeboten werden,
- einen App-Wettbewerb zur Nutzung der im Open Data-Portal zur Verfügung stehenden Daten auszuloben,
- in Zusammenarbeit mit den Ministerien, für die Bürgerinnen und Bürger sinnvolle Angebote zu schaffen, welche die Vorteile der digitalen Verwaltung nutzen.

Finanzen

Der Landtag stellt fest:

Zukunftsgerichtete Politik muss sicherstellen, dass auch kommenden Generationen noch politischer Gestaltungsspielraum verbleibt. Der Haushalt des Landes Schleswig-Holstein gibt hierfür den Rahmen vor. Nachhaltige Haushaltspolitik ist daher unerlässlicher Bestandteil jeder zukunftsorientierten Politik. Um für längere Zeit eine tiefgreifende Sicherung des Landeshaushalts zu erreichen, gilt es, neben einer konsequenten Haushaltskonsolidierung und einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik auch die sozialen Sicherungssysteme, soweit es das Land Schleswig-Holstein betrifft, nachhaltig und demografiefest zu finanzieren und auszugestalten.

Aus anfänglich ein oder zwei Sondervermögen ist eine Vielzahl von Sondervermögen geworden. Sondervermögen sind das erste Mittel der Wahl geworden, um den Sanierungsstau im Land zu beheben. Sondervermögen verstoßen gegen den Grundsatz der Öffentlichkeit und bei Einrichtung im laufenden Haushaltsjahr auch gegen die Vollständigkeit des Haushaltsplans.

Der Landtag stellt außerdem fest, dass trotz der Sondervermögen der Erhalt der Infrastruktur nicht ausreichend im Haushalt finanziert ist. Erst durch die strukturelle Unterversorgung konnte der Sanierungsstau entstehen.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag lehnt die Ausgliederung von strukturellen Kosten in Sondervermögen ab. Strukturelle Kosten müssen in voller Höhe im Landeshaushalt berücksichtigt werden.

Torge Schmidt
und Fraktion